

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

☒ **ÄNDERUNGSANTRAG**

☐ Antrag über SKA gemäß § 9 GOSTvV

☐ Antrag über BUA gemäß § 9 GOSTvV

☐ Antrag über HFA gemäß § 9 GOSTvV

☐ Anfrage gemäß § 9 GOSTvV

☐ Frage gemäß § 10 GOSTvV

Stadtverordnetenvorsteher

Datum

Uhrzeit

Sichtvermerk

Schriftführer (in)

Datum

Uhrzeit

Sichtvermerk

betr. Satzung zur Änderung der Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungssatzung)

Wir beantragen folgende Änderung:

„In § 11 Abs. 1a Satz 1 werden die Worte „oder die Ablehnung“ gestrichen.“ Der zweite Satz soll komplett entfallen.

Neben der Sondernutzungsgebühr erhebt die Stadt für die Erteilung ~~oder die Ablehnung~~ der Sondernutzungserlaubnis eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 10 €. ~~Erfordert die Bearbeitung eines Antrags auf Erteilung der Sondernutzungserlaubnis einen das übliche Maß übersteigenden Verwaltungsaufwand, so kann die Verwaltungsgebühr nach Maßgabe des übersteigenden Verwaltungsaufwandes erhöht werden. Die Gebühr darf jedoch den Betrag von 20,00 € nicht übersteigen.~~

Begründung:

Die Einführung einer Verwaltungsgebühr für die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis halten wir für sinnvoll. Hingegen halten wir die Erhebung einer Verwaltungsgebühr bei ablehnendem Bescheid für nicht zweckmäßig und für den Antragsteller als kaum nachvollziehbar.

Um eine bessere und transparentere Satzungsklarheit zu erreichen, soll auf die Prüfung, ob bei der Bearbeitung eines Antrags ein über das normale Maß hinaus gehender Verwaltungsaufwand entstanden ist, verzichtet werden. Die möglichen Mehreinnahmen erscheinen als gering und rechtfertigen keine gesonderte Prüfungsfeststellung.



Andreas Bernhardt
OBG-Fraktionsgeschäftsführer